

Neue Taktik im Kampf gegen die Armut in den USA

Autor(en): **Adam, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **70 (1973)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Im Belvoirpark trafen sich denn auch nicht einander fremde Menschen, sondern gute Bekannte, die sich zwar noch nie gesehen hatten, aber um die gemeinsamen Alltagsprobleme wußten. Bei Gesang und Spiel bildete sich rasch eine frohe Gemeinschaft. Die Erinnerung an die gemeinsam verbrachten Stunden wird bestimmt auch die künftigen Telefongespräche beleben. Eine alte Dame gestand, daß der zweckbedingte kurze Anruf sich bei ihr und ihrer Partnerin nicht selten zu einem halbstündigen Schwatz ausdehne; und das ist bestimmt nicht negativ zu bewerten. Auch der alte Mensch muß sich mitteilen können. NZZ 3.4.73

Neue Taktik im Kampf gegen die Armut in den USA

Von Senatspräsident a. D. Dr. ROBERT ADAM, München

Präsident *Johnson* nahm bald nach Amtsübernahme (23. November 1963) den Kampf gegen die Armut als eine der dringendsten Aufgaben auf. Der überwältigende Sieg der demokratischen Partei bei den Wahlen im November 1964 gab ihm die Grundlage, in den Jahren 1965 und 1966, die man als die goldenen Jahre seiner Amtszeit bezeichnen kann, Neuerungen und Verbesserungen auf sozialpolitischem Gebiet in einem Umfang durchzusetzen, der nur mit der New-Deal-Ära unter Präsident *F. D. Roosevelt* (1933—1945) verglichen werden kann. Könnte man *Johnson*, dessen Stern ab 1967 mit der Ausweitung des Vietnamkriegs zu sinken begann, nur nach seinen Leistungen auf dem sozialen Sektor beurteilen, könnte er den großen amerikanischen Präsidenten zugezählt werden.

Die «*Grenzen der Armut*» wurden von Anfang an auch für amerikanische Verhältnisse sehr hoch festgesetzt, zum Beispiel für die nichtländliche Familie mit zwei Kindern auf 3000, für einen Alleinstehenden auf 1500 Dollar. Bei der fortschreitenden Inflation wurden diese Grenzen öfters erhöht, sie betragen zurzeit für die nichtländliche Familie mit zwei Kindern 4137, für den Alleinstehenden 1931 Dollar.

Eine typische Erscheinung des amerikanischen Regierungs- und Verwaltungssystems ist bei Entstehen neuer Aufgaben die Errichtung neuer oberster Bundesbehörden, die keinem Departement (Bundesministerium) eingegliedert werden oder unterstehen (sogenannte independent oder regulatory oder administrative agencies). Sie sind dem Präsidenten direkt, bisweilen auch dem Kongreß unterstellt, letzteres, um die Allmacht der Exekutive einzuschränken. Die begrenzten Überraschungsmöglichkeiten durch Präsident und Kongreß führen häufig zu starker Selbstherrlichkeit und zu Ausdehnungsbestrebungen. Im Endergebnis hat man im allgemeinen das Gegenteil dessen erreicht, was man anstrebte, Einschränkung der Bürokratie.

Die vielen Behörden, die im Verlauf des Kampfes gegen die Armut errichtet worden sind, geben dafür ein anschauliches Beispiel. *Johnson* unterordnete sich das *Office of Economic Opportunity* (OEO) persönlich. Es wurden ihm eine Menge Projekte zur Oberleitung übertragen, eine Reihe besonderer Agencies wurde mit den einzelnen Gebieten betraut. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben seien angeführt:

1. Das *Job Corps*, das arbeitslosen jungen Männern und Frauen zwischen dem 16. und 21. Lebensjahr Möglichkeiten der Erlernung eines Berufs verschaffen soll, in dem sie nach durchschnittlich neunmonatiger Schulung eine Stelle (job) finden

können. Es hat die gesteckten Ziele bei weitem nicht erreicht, da es von Anfang an an genügender Beteiligung fehlte. Die Kosten waren so hoch, daß damit einem bedürftigen Studenten ein akademisches Studium hätte ermöglicht werden können.

2. Das *Neighbourhood Youth Corps* setzte sich zum Ziel, Jugendlichen in den letzten Jahren der sechsklassigen High School (7. bis 12. Schuljahr) bezahlte Teilbeschäftigung zu geben, damit sie nach Erreichen der oberen Grenze des schulpflichtigen Alters (das 16., in einigen der 50 Gliedstaaten das 17. oder 18. Lebensjahr) die High School vollenden oder zu ihr zurückkehren können. Die oft künstlich beschafften Arbeitsgelegenheiten, die mit dem Mindestlohn von gegenwärtig 1,80 Dollar pro Stunde vergütet werden müssen, werden von Behörden, Krankenhäusern, Bibliotheken und andern öffentlichen Dienststellen bereitgestellt.

3. Das *College Work Study Program* will in ähnlicher Weise wie bei 2. bedürftigen Studenten zu einem Nebenverdienst verhelfen.

4. Das *Work Experience Program* fördert die Umschulung von Arbeitslosen, die durch Änderung der Wirtschaftsstruktur den Arbeitsplatz verloren haben.

5. Die *Community Action Programs* waren von Anfang an am meisten umstritten. Ihre Ziele sind nur allgemein umrissen. Fast jedes Programm einer Gemeinde oder einer nicht auf Erwerb gerichteten privaten Organisation zur Hilfe von Personen, die des Lesens, Schreibens und Rechnens unkundig sind oder eine unzureichende berufliche Ausbildung erhalten haben, ist förderungswürdig.

6. Innerhalb von 5. ist *Head Start* in den Vordergrund getreten. In der Erkenntnis, daß die Kinder aus den Slums der Großstädte, meistens Neger, viele davon unehelich, infolge der mangelnden häuslichen Pflege und Erziehung sich bei Schuleintritt in einem Rückstand befinden, dem durch den Schulunterricht oft nicht mehr abgeholfen werden kann, werden die Kinder kurz vor Beginn des schulpflichtigen Alters in einem Achtwochenprogramm betreut in der Absicht, ihr Selbstvertrauen zu wecken, ihren Wortschatz zu mehren, die Eingliederung in ihre Altersgruppe zu erleichtern und womöglich Einfluß auf die häusliche Umgebung zu gewinnen.

7. Das *Volunteers in Service to America (Vista)*. Ähnlich wie das von Präsident Kennedy gegründete Peace Corps Hilfskräfte in Entwicklungsländer sendet, bildet Vista freiwillige Hilfskräfte für administrative Zwecke aus, zum Beispiel zur Betreuung der Indianer und der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter, die alljährlich mit ihren Familienangehörigen von Mexiko und den Südstaaten der USA bis hinauf zur kanadischen Grenze bei der Ernte aushelfen.

8. Kostenlose Rechtshilfe (*Legal Services*) außer in Strafsachen gibt das Institut für Armenanwälte. Für die Vertretung in Strafsachen muß nach Entscheidung des Supreme Court bei Bedürftigkeit kostenlose Rechtshilfe beschafft werden.

9. Einzelne Maßnahmen der Fürsorge für *Gesundheit und Ernährung*.

10. Hilfe für *alte Menschen*.

11. *Sommersportprogramm für Jugendliche*.

12. *Familienplanung*.

13. Kampf gegen *Alkoholismus und Rauschgifte*.

14. *Forschung* in Sektoren wie sozialer Wohnungsbau, Kinderfürsorge, Berufsumschulung, Erziehungsmethoden.

Aus diesem nicht zu erschöpfenden Mischmasch allein ersieht man, daß die Häufung so heterogener Gebiete in den Händen einer Behörde zu einer Aufblähung der Verwaltung, zu manchen Mißständen und Mißerfolgen führen mußte.

Die Zahl der armen Amerikaner, deren Einkommen unter den Grenzen der Armut liegt, ist zwar bis zum Jahre 1970 zurückgegangen, erst 1971 ist ein leichter Wiederanstieg zu verzeichnen:

Jahr	in Armut lebende Personen (in Tausenden)
1960	39 851
1961	39 628
1962	38 625
1963	36 436
1964	36 055
1965	33 185
1966	28 510
1967	27 769
1968	25 389
1969	24 289
1970	25 420
1971	25 559

Aber die Zahl der Empfänger und die Kosten der Wohlfahrtspflege in allen ihren Formen sind erheblich in die Höhe gegangen, was daraus zu erklären ist, daß viele Arme sich erst im Lauf des Kampfes gegen die Armut um staatliche Hilfe bemüht haben und die Leistungen durch die inflationäre Entwicklung erhöht worden sind:

Jahr	Zahl der Empfänger von Leistungen in Mio.	Gesamtkosten aller Arten öffentl. Fürsorge in Mrd. \$	Anstieg in %
1963	7,4	5	116
1973 (geschätzt)	16	23,8	376

Im Lauf der Zeit hat man erkannt, daß viele Sparten von Anfang an besser den einschlägigen Departements eingegliedert worden wären. So hat man das Job Corps und das Neighbourhood Corps dem *Department of Labor* (Arbeitsministerium) unterstellt, Head Start dem *Department of Health, Education and Welfare* (Bundesministerium für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt).

Präsident *Nixon* hat in einer Rundfunkrede am 24. Februar 1973 scharfe Kritik geübt. So sehr die Absichten des Kampfes gegen die Armut Anerkennung verdienen, müsse das Ergebnis als beklagenswertes Mißlingen gewertet werden. Er erhebt sogar den Vorwurf, daß viele Gelder an die Leute gegangen seien, die den Armen helfen sollten, anstatt an diese selbst.

Caspar Weinberger, der Leiter des *Department of Health, Education and Welfare*, urteilt, daß im ganzen gesehen die Programme nicht zur Minderung der Armut beigetragen hätten.

Nixon will nun das OEO vom gegenwärtigen Personalstand von 2271 Personen bis Mitte 1973 auf 1500 mindern und im folgenden Rechnungsjahr auflösen. Einige Sparten sollen den einschlägigen Departments eingegliedert, andere aufgegeben werden. Darunter fallen vor allem die *Community Action Programs*, die zu vielen Konflikten mit den lokalen Behörden und zu unerwünschten politischen Aktionen geführt haben. Der Bund zieht seine Hilfe zurück und überläßt es den lokalen Körperschaften, sie etwa weiterzufinanzieren.

Sehr umstritten sind die *Legal Services*. Auch hier ist die Hilfe teilweise in politische Aktion ausgeartet, Einmischung in die Gegnerschaft gegen den Krieg wurde verschiedentlich festgestellt.

Die Absicht, das OEO abzuschaffen, hat sofort zu zahlreichen *Protesten* geführt, in Washington hat sich ein Demonstrationzug von 20 000 Personen gebildet; ähnliche Proteste werfen *Nixon* vor, daß er Abstriche am Sozialetat beabsichtige, während er gleichzeitig von einer Hilfe in Höhe von 7 Mrd. für Vietnam spreche, von denen 2,5 Mrd. sogar an Nordvietnam gehen sollen.

Nixon tritt diesen Vorwürfen mit einem *Hinweis auf den Bundesvoranschlag* für das Rechnungsjahr 1974 (1. Juli 1973 bis 30. Juni 1974) entgegen, den er dem Kongreß im Januar 1973 vorgelegt hat. Darin sind für den sozialen Sektor im weitesten Sinn, also unter Einschluß von Erziehung und Berufsschulung, Gesundheit, Sozialversicherung und Pensionen und Veteranenfürsorge, vorgesehen (die Zahlen sind in Millionen Dollar, in Klammern ist der Hundertsatz der Einzelposten am Gesamthaushalt beigefügt; der Fortschritt gegenüber dem Vorjahr ist beträchtlich):

	Rechnungs- jahr 1973	in % des Haushalts	Rechnungs- jahr 1974	in % des Haushalts
Erziehung und Berufsschulung	10 140	4,3	10 110	3,8
Gesundheit	17 024	7,2	21 730	8,1
Sozialversicherung und Pensionen	65 225	27,6	81 976	30,5
Veteranenfürsorge	11 127	4,7	11 732	4,4
Total	103 516	43,8	125 548	46,8

Demgegenüber beansprucht die nationale Verteidigung

	Mill. \$	in % des Haushalts
Im Rechnungsjahr 1973	76 435	30,6
Im Rechnungsjahr 1974	81 074	30,2

In den letzten vier Jahren, seit dem Amtsantritt *Nixons* sind die sozialen Aufwendungen gestiegen:

In der Wohlfahrtspflege	um 66 %
In der Gesundheitspflege	um 67 %
In der Hilfe für die alten Menschen	um 67 %
In Ernährungsbeihilfen	um 242 %

Der Vorwurf, die sozialen Belange würden geschmälert, erscheint nach den Zahlen nur im Posten «Erziehung und Berufsschulung» berechtigt; da aber die 50 Gliedstaaten und die lokalen Körperschaften neuerdings mit einem Betrag von 5,2 Milliarden Dollar am Ertrag der Bundeseinkommen- und der Körperschaftsteuer beteiligt werden, ist der Rückgang der bundesstaatlichen Hilfe ausgeglichen.

«Filmtips»

Katalog über Filme zu Altersfragen

Die Stiftung für das Alter hat vor kurzem einen Filmkatalog fertiggestellt, der zurzeit 31 Filme im schweizerischen Verleih beschreibt, die sich mit Altersfragen befassen.

Der Katalog soll dazu beitragen, daß die Medien Film und Tonbildschau vermehrt eingesetzt werden können zur Sensibilisierung für Altersfragen, zur Information